



Beratungsart:	x	öffentlich		nicht öffentlich
----------------------	----------	-------------------	--	-------------------------

Sachstandsmitteilung	Nr.:	20/2013	Datum:	04.02.2013
-----------------------------	-------------	----------------	---------------	-------------------

Empfänger:			
Nr.	-	Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1		Kleingartenausschuss	
2		Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales	
3		Ausschuss für Schule, Kultur, Paten- und Partnerschaften	
4		Ausschuss für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit	
5		Ausschuss für Bauwesen	
6	X	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen	18.02.2013
7		Hauptausschuss	
8		Stadtvertretung	

Schluss- und Mitzeichnungen:		
gez. Leyk		
Bürgermeisterin	Amtsleiter/in	Sachbearbeiter/in

1. TOP: Einführung eines Bürgerhaushaltes

2. Sachstand:

Wie im Sachbestandsbericht Nr.: 078/2012 angekündigt, hat die Verwaltung in dieser Angelegenheit zwischenzeitlich Kontakt zum Fachverband der Kämmerer in Schleswig-Holstein aufgenommen.

Der 2. Vorsitzende des Fachverbandes und Kämmerer der Stadt Fehmarn konnte die in seiner Heimatstadt gewonnen Erfahrungen und Erkenntnisse hierbei zur Verfügung stellen.

So hat sich die Stadt Fehmarn (13.000 Einwohner) im Jahr 2011 durch Beschluss der Stadtvertretung zur Einführung eines Bürgerhaushaltes entschieden. Um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf eine weite Plattform zu stellen, wurde eine Software angeschafft, die ein aktives Mitwirken einschl. Kontrolle und Bewertung ermöglicht. Für eine 3-Jahres-Lizenz sind 15.000 € investiert worden. Hinzu kommen Personalkosten in ungefähr gleicher Höhe, die für die Erstellung des Grundsystems angefallen sind.

Die Auftaktveranstaltung wurde seinerzeit sowohl im Rundfunk, in den regionalen Fernsehprogrammen als auch durch örtliche Bekanntmachungen publik gemacht. Auf der Kick-Off-Veranstaltung waren dann ca. 40 interessierte Einwohnerinnen und Einwohner erschienen.

Im Startjahr 2011 sind 112 Eingaben bei der Stadt mit unterschiedlichen Vorschlägen und Verbesserungswünschen eingegangen. Der überwiegende Anteil konnte auf Grund von objektiver Unmöglichkeit oder wegen Verstoßes gegen geltendes Recht in den Gremien nicht beraten werden. Insgesamt wurden 57 Vorschläge in den Gremien diskutiert. Von den Vorschlägen wurden allerdings aus verschiedenen Gründen keiner von den Gremien bzw. der Stadtvertretung positiv beschlossen.

(Bsp.: Einführung einer Pferdesteuer bei gleichzeitigem Beschluss der Stadtvertretung „Die pferdefreundliche Insel Fehmarn“; viele Angelegenheiten wurden schon im Rahmen der HH-Konsolidierung vorher thematisiert).

Die Teilnahmequote an den Bewertungsverfahren (ja, nein, neutral) aus der Einwohnerschaft zu beratungsmöglichen Verbesserungsvorschlägen lag im Startjahr 2011 bei 1,71 % (222 registrierte Nutzer). Dies entspricht auch den dem Fachverband der Kämmerer vorliegenden statistischen Erhebungen in der Bundesrepublik. Selbst der Vorschlag zur Erhöhung der Realsteuern, der offenkundig alle Bürgerinnen und Bürger berührt, erreichte lediglich eine Rückmeldequote von ca. 2%.

Die Stadt Fehmarn hat für das Startjahr 2011 einen ersten Rechenschaftsbericht erstellt. Im Fazit wurde festgestellt, dass das Interesse der Bevölkerung, sich an der Gestaltung des kommunalen Wirkens zu beteiligen, grundsätzlich vorhanden ist, jedoch stehen einer Umsetzung der Ideen in den allermeisten Fällen unterschiedlichste Hindernisse (Unzuständigkeit, Rechtmäßigkeit, kommunalpolitische Strategieentscheidungen) im Wege. Für das Jahr 2011 wurde bilanzierend festgehalten, dass die Beteiligung der Bürger sehr wünschenswert und wichtig ist. Gleichzeitig wurde aber auch der Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass die Beteiligung größer wird und mit neuen interessanten Vorschlägen bzw. Wünschen bereichert wird.

Im Anschlussjahr 2012 sank dann die Anzahl auf 49 Vorschläge ab.

Bei Prüfung und Bewertung dieser Eingaben musste zum Teil festgestellt werden, dass bei der Online-Abstimmung per E-Mail von betroffenen Interessengemeinschaften versucht wurde, mittels Absendergenerierung Einfluss auf das Ergebnis zu nehmen. Eine objektive Verwendung der Bewertung war in derart gelagerten Fällen nicht möglich. (z.B. Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten und/oder des Seniorenbeirates)

Aus Sicht der Verantwortlichen wurde ferner ermittelt, dass die Teilnahmequote an den Bewertungsverfahren nochmals rückläufig war. Diese lag im Jahr 2012 bei nur noch rd. 1% (30 registrierte Nutzer).

Die politischen Gremien erwägen daher die Überlegung, dass Projekt nicht über den Lizenzvertragsrahmen (2013) hinaus fortzuführen. Dieses wird insbesondere auch mit dem Hinweis begründet, dass auch im lfd. Betrieb die Verwaltung die Eingänge hinsichtlich ihrer Inhalte sichten, ggfs. zensieren und bewerten muss und dadurch nicht unerhebliche Personalkapazität gebunden wird. Zusätzlich würden bei Fortführung erneut Lizenzkosten anfallen.

Ergänzend wurde mitgeteilt, dass bisher keiner der eingebrachten Vorschläge durch Beschluss der Selbstverwaltung umgesetzt wurde/ werden konnte. Die erhoffte Nutzung der Mitwirkungsmöglichkeit aus der Bürgerschaft als auch die durch die Beteiligung der Einwohnerschaft gewünschten Entscheidungshilfen sind weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Ein finanzielles Einsparpotential konnte nicht ermittelt werden.

- Ende der Sachstandsmitteilung -